zum Kreis- und Strategieausschuss am 06.05.2019, TOP 11

Hinweis für die Presse: Bitte nicht vor dem Sitzungstermin veröffentlichen.

Landkreis Ebersberg

Ebersberg, 25.04.2019

Az.

Zuständig: Brigitte Keller, ☎ 08092-823-211

1/14/Investitionen_langfristig

Vorgesehene Beratungsreihenfolge

Kreis- und Strategieausschuss am 06.05.2019, Ö

Investitionen des Landkreises; Liste aller absehbaren Investitionen über 1 Mio. Euro; Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 15.04.2019

Anlage_1_Antrag_Grüne_Liste_absehbarer_Investitionen_vom 15-04-19

Anlage_2_Investitionen_Haushalt_Warteliste_DAWI

Sitzungsvorlage 2019/3420

I. Sachverhalt:

Mit Schreiben vom 15.04.2019 beantragt die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen, die Finanzverwaltung zu beauftragen, eine aktuelle Liste aller derzeit absehbaren Investitionsvorhaben über 1 Mio. € für das nächste Jahrzehnt zu erstellen und mit einer bestmöglichen Kostenschätzung zu versehen.

Zur Schaffung einer bestmöglichen Grundlage für die weiteren Diskussionen werden nachfolgend alle derzeit bekannten Investitionsmaßnahmen dargestellt nach dem Befragungsschema des Antrags:

a) Investitionen, deren Umsetzung bereits beschlossen ist bzw. bereits erfolgt

Anlage 2 erhält hierzu eine Liste aller Investitionen über 1 Mio. €, die in der **Haushalts- und Finanzplanung** eingeplant sind, sich auf der **Warteliste** befinden oder im **DAWI** der Kreis-klinik. Ergänzt wurde die Liste dort, wo Maßnahmen bereits im Haushalt eingeplant sind, aber der Finanzplanungszeitraum 2019 – 2022 nicht ausreicht, diese sichtbar zu machen. Hier werden die Summe der Warteliste ergänzt.

Nicht berücksichtigt werden kann vom Finanzmanagement die Darstellung „für das nächste Jahrzehnt“. Der Kreis- und Strategieausschuss müsste ein Verfahren diskutieren, wie die Maßnahmen identifiziert werden können, die derzeit außerhalb des Finanzplanungszeitraumes bis 2022 liegen.

Zusammenfassend zeigt sich derzeit ein Investitionsvolumen in Höhe von brutto 172.821.991 €. Davon abzuziehen sind nach dem Masterplan Schulen Förderungen in Höhe von 36,3 Mio. €, so dass sich 136.521.991 € ergeben. Inwieweit für andere Investitionsvorhaben Zuschüsse gewährt werden, ist dem Finanzmanagement derzeit nicht bekannt.

Es fehlen Kostenaussagen zur Beteiligung des Landkreises an einer Mensa am Schulzentrum Poing und für die Berufliche Oberschule im Landkreisnorden, die sich auf der Warteliste befinden.

Wie valide diese Zahlen sind, kann das Finanzmanagement nicht beurteilen. Bei den wichtigsten Großmaßnahmen, insb. das Berufsschulzentrum Ebersberg und das Gymnasium Poing fehlen derzeit wegen der noch nicht vorliegenden Raumprogramme verlässliche Zahlen!

Weitere Themen kann das Finanzmanagement derzeit ebenfalls nicht beurteilen

- Kosten für die in der Diskussion befindlichen Krankenpflegeschule
- weitere Investitionsförderungen für weitere Klinikmaßnahmen
- die Auswirkungen des Feuerwehr- und Katastrophenschutzbedarfsplans auf den Kreishaushalt
- Radwege- und Kreisstraßeninvestitionen

Leicht zu beurteilen sind die Auswirkungen von **günstigen Wohnungsbau** durch den Landkreis, soweit dieser der Wohnbaugesellschaft Ebersberg gKU übertragen wird. Der Landkreis wird zwar hier zinsgünstige Darlehen in Höhe von ca. 50 % der Investitionskosten bereitstellen, allerdings werden diese Darlehen, die von der BayernLABO für 0,5 % ausgereicht werden, von der WBE gKU verzinst und getilgt. Dem Landkreis entstehen hierdurch keinerlei Kosten! Lediglich das Darlehen wird im Portfolio des Landkreises ausgewiesen.

Es gibt aber nicht nur Risiken, sondern auch Chancen. So sind z.B. im Investitionsbedarf 9,5 Mio. € für den Umbau und die Renovierung des Verwaltungsgebäudes an der Kolpingstraße enthalten, die nicht unbedingt anfallen müssen.

b) Insbesondere untersucht werden soll die Finanzierung des geplanten Berufsschulzentrums. Dabei soll auf den Anteil der Gastschulbeiträge im Vergleich zu den vom Landkreis eingesetzten Investitionen für den Abschreibungszeitraum eingegangen werden. Zu prüfen ist auch, ob eine Vorfinanzierung der Gastschulbeiträge durch den Landkreis München Land doch noch erreicht werden kann.

Das Finanzmanagement kann dies derzeit nicht untersuchen. Es gibt noch kein Raumprogramm und keine Schülerzahlen. Prognosen zu den Gastschulzahlen insbesondere aus dem Landkreis München sind derzeit nicht möglich. Solange aber

- weder Kosten
- noch Schülerströme

wenigstens prognostiziert werden können, sind derlei Berechnungen Kaffeesatzleserei!

Gleichwohl empfiehlt das Finanzmanagement eine Investitionsbeteiligung des Landkreises München nicht, die allein auf der Basis von Vorauszahlungen auf künftig zu entrichtende Gastschulbeiträge erfolgt. Dies hat mehrere Nachteile:

- der Landkreis München wird „mitreden“ wollen
- es ist nicht diskutiert, ob der Landkreis München eine Verzinsung seiner Investitions-

kosten verlangt

- die Nachteile überwiegen, denn es handelt sich ja nicht um eine Mitfinanzierung, sondern nur um eine Vorwegnahme von zu zahlenden Gastschulbeiträgen.

Nehmen wir an: 750 Schüler kommen aus dem Landkreis München und es entsteht ein durchschnittlicher Gastschulbeitrag von 2.500 € dann betragen die Gastschulbeiträge des Landkreises München pro Jahr 1.875.000 €. Diesen Betrag muss der Landkreis Ebersberg solange über die Kreisumlage aufbringen, bis der Investitionsanteil des Landkreises München abbezahlt ist. Investiert dagegen der Landkreis Ebersberg allein, wird die Ergebnisrechnung nicht belastet und auch die Tilgung ist nicht Teil der Kreisumlage, denn sie wird über die Abschreibung getragen.

Eine Nachfrage im Landratsamt Rosenheim ergab, dass eine Berufsschule mit 98 bis 99 % kostendeckend ist. Investitionen der Gebäude werden mit 1,5 % (gesetzlich) pro Jahr abgeschrieben und auf die Gastschulbeiträge umgelegt (Nutzungsdauer 66 Jahre). Bewegliche Anlagegüter werden mit 6 % abgeschrieben. Andere Anlagegüter haben andere Abschreibungszeiträume, aber sie werden auf die Gastschulbeiträge umgelegt. Die Berufsschule Wasserburg z.B. hatte im Jahr 2017 einen Verlust von 75.000 €, was eigentlich eine schwarze 0 ist. Dieser Betrag kann sogar in Folgejahren nachkalkuliert werden.

Nicht umgelegt werden können Grundstückskosten, bestimmte pädagogische Personalkosten und bestimmte Mieten.

Die Sorge, die **Berufsschule** würde zu dauerhaften Belastungen des Kreishaushalts führen, kann – nicht zuletzt mit diesem Beispiel – entkräftet werden. Natürlich sind unsere eigenen Schüler auch unsere eigenen Kosten, aber das sind sie auch heute schon!

c) Investitionen, die sich auf der aktuellen Warteliste des Kreistags befinden

Anlage 2 zeigt die Maßnahmen der Warteliste mit 19,2 Mio. € auf wobei es zur Beteiligung des Landkreises an einer Mensa am Schulzentrum in Poing und zur Beruflichen Oberschule im Landkreisnorden keine Kostenaussagen auf der Warteliste gibt.

d) Investitionen, die im Zuge der Erweiterung des Landratsamts zu erwarten sind.

Hier sind 9,4 Mio. € in der Haushalts- und Finanzplanung eingeplant. Ob diese Kosten überhaupt entstehen, ob sie zu hoch oder zu niedrig sind, ist derzeit unklar. Hier sind die Ergebnisse der Arbeitsgruppe Verwaltungsgebäude Kolpingstraße abzuwarten. Die Arbeitsgruppe wird voraussichtlich noch bis zum Sommer brauchen, um ihre Ergebnisse vorzulegen

e) Investitionen, die für die Klinik getätigt werden müssen.

Anlage 2 zeigt Investitionen in Höhe von 11,3 Mio. € auf, die derzeit in der Haushalts- und Finanzplanung nicht veranschlagt sind.

f) Investitionen, deren Realisierung öffentlich erörtert wird (z.B. Turnhallen, Schwimmbäder).

Es wäre ein Verfahren festzulegen, wie hierzu Aussagen generiert werden sollen. Im Mai tritt zu diesem Thema eine Arbeitsgruppe „Sporthallenbedarf Vereine“ zusammen, die sich aus Vertretern der Vereine zusammensetzt und von der Verwaltung moderiert wird. Aufgabe der Arbeitsgruppe ist die Ausarbeitung eines Konzeptes, das auch den Breitensportlichen Anforderungen genügt. Das „mögliche“ vom „wünschenswerten“ zu trennen, wird dann eine politische Aufgabe sein.

Zusammenfassung:

Für weitergehende Kosteninformationen über die vorliegenden hinaus müsste geklärt werden, wie das Finanzmanagement an belastbare Zahlen zum derzeitigen Zeitpunkt kommen kann.

Es ist auch zu klären, wie das Finanzmanagement zu Angaben zu Investitionen kommen kann, die in der Zukunft liegen und heute noch gar nicht Gegenstand der Diskussion sind.

Das Finanzmanagement könnte sich vorstellen, die anliegende Liste (Anlage 2), die weit über die Informationen der Haushalts- und Finanzplanung hinausgehen, jährlich fortzuschreiben mit den aktuellen Finanzzahlen und politischen Diskussionen. Im Rahmen der regelmäßigen Diskussionen zur Finanzleitlinie könnte diese Liste in die Bewertungen mit einbezogen werden.

Auswirkung auf Haushalt:

Keine durch diesen Antrag.

II. Beschlussvorschlag:

Dem Kreis- und Strategieausschuss wird folgender Beschluss vorgeschlagen:

Wird in der Sitzung erarbeitet

gez.

Brigitte Keller